BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag der Freien Hansestadt Bremen
Haus der Bürgerschaft | Am Markt 20 | 28195 Bremen

Landtag
21. Wahlperiode

Drucksache 21/2055

14. Oktober 2026

Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Radikalisierung früh erkennen, Distanzierung ermöglichen – Kompetenzen und Kooperation in der Sozialen Arbeit stärken

Radikalisierungsprozesse können sich in unterschiedlichen sozialen Zusammenhängen entwickeln. Fachkräfte der Sozialen Arbeit begegnen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen häufig in alltäglichen und niedrigschwelligen Kontexten und können daher Veränderungen, Konflikte oder Radikalisierungsprozesse frühzeitig wahrnehmen. Gleichzeitig benötigen sie hierfür entsprechende fachliche Kompetenzen, Handlungssicherheit und verlässliche Kooperationsstrukturen.

Dabei finden Radikalisierungsprozesse zunehmend auch oder teilweise im digitalen Raum statt. Soziale Netzwerke und insbesondere Plattformen wie TikTok, Instagram und YouTube sind für viele junge Menschen selbstverständlicher Bestandteil ihres Alltags. Dort können extremistische, menschenfeindliche oder verschwörungsideologische Inhalte niedrigschwellig verbreitet, durch algorithmische Empfehlungssysteme weiterverbreitet und in unterschiedlichen Formen miteinander verknüpft werden. Radikalisierung kann dadurch außerhalb klassischer sozialer Zusammenhänge beginnen oder sich online verstärken, ohne dass Veränderungen für das unmittelbare soziale Umfeld zunächst erkennbar sind. Zugleich können digitale Räume auch für Gegenrede, Information, Beratung und Distanzierungsarbeit genutzt werden. Für die Soziale Arbeit stellt sich damit zunehmend die Frage, wie Online-Radikalisierung frühzeitig erkannt werden kann und welche Kompetenzen Fachkräfte benötigen, um junge Menschen auch in digitalen Lebenswelten zu erreichen.

Im Land Bremen bestehen mit spezialisierten Beratungsangeboten bereits etablierte Strukturen zur Prävention von Radikalisierung sowie zur Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit. Dazu gehören insbesondere die Angebote von LEGATO Bremen als Teil des Kooperationsverbundes dist[ex] sowie die Beratungsstelle ADERO. Diese Angebote leisten einen wichtigen Beitrag zur fachlichen Unterstützung von Fachkräften, Betroffenen und ihrem Umfeld und zur frühzeitigen Bearbeitung von Radikalisierungsprozessen.

Das im Rahmen des Kooperationsverbundes dist[ex] veröffentlichte Policy Paper „Kompetenzen in der Fläche stärken: Radikalisierung, Distanzierung und Ausstieg als Themen Sozialer Arbeit verankern“ weist darauf hin, dass die Zusammenarbeit zwischen sozialarbeiterischer Regelpraxis und spezialisierten Fachkräften der Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit weiter gestärkt werden muss. Dabei wird insbesondere die Verankerung entsprechender Kompetenzen in Ausbildung, Fortbildung und sozialarbeiterischer Praxis

empfohlen. Dies betrifft auch den Umgang mit digitalen Lebenswelten und der zunehmenden Bedeutung sozialer Netzwerke für die Ansprache junger Menschen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die bestehenden spezialisierten Beratungsstrukturen im Land Bremen in die sozialarbeiterische Praxis sowie in schulische und familiäre Unterstützungssysteme eingebunden sind, wie ihre Angebote von Fachkräften wahrgenommen und genutzt werden und an welchen Stellen – insbesondere mit Blick auf Online-Radikalisierung und soziale Netzwerke – weiterer Entwicklungs- oder Unterstützungsbedarf besteht.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat darüber vor, inwieweit Fachkräfte der Sozialen Arbeit im Land Bremen – insbesondere in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Schulsozialarbeit, Straßensozialarbeit und den Hilfen zur Erziehung – über Kompetenzen zur Erkennung von (auch online initiierten) Radikalisierungsprozessen sowie zur Begleitung von Distanzierungsprozessen verfügen?

2. Welche Fort- und Weiterbildungsangebote zu den Themen Radikalisierung, Distanzierung und Ausstieg stehen Fachkräften der Sozialen Arbeit sowie Lehrkräften und pädagogischem Personal im Land Bremen aktuell zur Verfügung, welche Träger und Institutionen bieten diese an und in welchem Umfang werden sie von Fachkräften in Anspruch genommen?

3. Wie bewertet der Senat die Verankerung entsprechender Inhalte in den Aus-, Fort- und Weiterbildungsstrukturen der Sozialen Arbeit und sieht er hier weiteren Handlungsbedarf?

4. Wie sind die bestehenden spezialisierten Beratungsangebote zur Radikalisierungsprävention sowie zur Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit, insbesondere LEGATO Bremen und ADERO, in die sozialarbeiterische Regelpraxis sowie in die Kooperation mit den Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren (ReBUZ) im Land Bremen eingebunden?

5. In welchem Umfang werden die Beratungs- und Unterstützungsangebote von LEGATO Bremen, ADERO und weiteren spezialisierten Fachstellen von Fachkräften der Sozialen Arbeit in Anspruch genommen, und welche Erkenntnisse liegen dem Senat über den bestehenden Unterstützungs- und Weiterentwicklungsbedarf vor?

6. Welche Erfahrungen liegen dem Senat darüber vor, welche Hürden Fachkräfte der Sozialen Arbeit bei der Ansprache und Begleitung von Menschen in Radikalisierungsprozessen erleben, und welche Maßnahmen werden ergriffen, um diese Handlungssicherheit zu stärken?

7. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat über die Einbindung von Erziehungsberechtigten und Familien in bestehende Präventions- und Distanzierungsangebote vor, und wie werden Eltern bei Anzeichen einer Radikalisierung ihrer Kinder niedrigschwellig und ggf. mehrsprachig unterstützt?

8. Inwiefern werden bei den bestehenden Fortbildungs- und Präventionsangeboten die Einflüsse digitaler Medien (z. B. extremistische Propaganda und Algorithmen auf Social-Media-Plattformen) thematisiert, und welche Angebote existieren zur Stärkung der digitalen Selbstregulation und Medienkompetenz von Jugendlichen?

9. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, die Themen Radikalisierung, Distanzierung und Ausstieg stärker als Querschnittsthemen in der Sozialen Arbeit und insbesondere in den Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe zu verankern?

Beschlussempfehlung:

Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Franziska Tell, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Anlage(n):

- keine